

Jour Fixe vom 19.02.2024: 1. Zum Haushaltsstreit in den USA „Global leadership“ vs. „America first!“ (GS 4-23), sowie

2. Zu den Großdemonstrationen „Gegen Faschismus, für Demokratie“ in vielen Städten

5 **1. Zum Artikel Haushaltsstreit in den USA „Global leadership“ vs. „America first!“ (GS 4-23)**

Der Kern des Streits zwischen Biden und der Mannschaft um Trump wird in Punkt. II. 2 (S. 28) deutlich: Beide Kontrahenten sind sich einig in der Diagnose, dass China die große Herausforderung für die USA ist: Die Suprematie der USA über die zukünftige Welt hängt
10 davon ab, wie sie sich im Kräfteressen gegen China behaupten. Die USA ziehen ihren Nutzen aus einer Weltordnung, in der sie selber als potente kapitalistische Nation die ganze Welt benutzen, sich daran bereichern, darauf die Weltgeldqualität ihrer Währung gründen und darin die Quelle ihrer staatlicher Macht haben. Konsens besteht zwischen Biden und Trump darin, was den amerikanischen Imperialismus ausmacht. Die Differenz liegt in der
15 Bestimmung dessen, *worum* es den USA *bei* diesem Kräfteressen zu gehen hat. Am Terminus „Global leadership“ wird die Differenz der beiden Seiten klar: Was genau wollen sie jeweils gegen China verteidigen und wie gedenkt jede Seite Suprematie zu verfolgen?

— *Beide Parteien sind für „Global leadership“ der USA und sich darin einig, dass China eine Bedrohung für die „Sicherheit Amerikas“ darstellt. Den Schwerpunkt dieser Bedrohung beurteilen sie aber ganz unterschiedlich: Die Trumpisten betrachten China als eine Bedrohung in ökonomischer Hinsicht, weil es die amerikanische Wirtschaft und Innovationskraft überflügeln könnte. Die Ordnungsstrukturen auf der Welt halten sie für nachrangig und vor allem für etwas, wofür die USA sich nicht in die Pflicht nehmen lassen dürfen. Biden begreift das umfassender: Wenn China sich als neue Weltmacht etablieren will, ökonomisch und politisch strikt das eigene Interesse verfolgt und im ostasiatischen Raum als Ordnungsmacht auftritt, ist das eine Sache der Weltordnung, für die die USA Verantwortung übernehmen müssen.*
20
25

Dass die eine Seite die Bedrohung bloß ökonomisch fasst und die andere umfassender, trifft die Sache nicht. Ein Unterschied zwischen den beiden Parteien ist mit „Verantwortung“ aber schon angesprochen. Zunächst haben *beide* Parteien eine Weltordnung im Auge, bei der die Dominanz der USA gesichert ist. Der Terminus *Weltordnung* ist nicht für Biden reserviert. Die Trumpisten beziehen sich auf China als die überlegene amerikanische Macht, die beansprucht, die gesamte Welt für sich nützlich machen zu können und darin allen anderen überlegen zu sein. Auch Trump hat also eine Vorstellung davon, wie die Welt geordnet sein
35 soll. Er stellt sich eine Weltordnung vor, die *pur* den Nutzen der USA garantiert. Mit ihrer Suprematie sollen die USA diesen Nutzen sicherstellen. Genau so grundsätzlich treten auch die Demokraten und Biden an: Die Welt muss so eingerichtet sein, dass diese herausragende Stellung der USA bewahrt, gesichert und ausgebaut wird. Auch für Biden ist China der entscheidende Gegner, gegen den diese Weltordnung verteidigt werden muss. Der
40 Unterschied fängt an bei der Art und Weise, *wie* die beiden Parteien amerikanische Dominanz in der Welt etablieren wollen. Da wirft die eine Fraktion der anderen vor, bei der Sicherung der singulären Stellung der USA in der Welt alles falsch zu machen.

— *Der Vorwurf der Trumpisten an Biden besteht in erster Linie darin, er würde den Kampf um die amerikanische Weltordnung zu einer Bürde für die USA machen. Das wird in der Form der Bezeichnung vorgetragen, die Biden-Fraktion würde den USA viel zu viele Kosten aufmachen und damit die Suprematie der USA verspielen. Das ist eine sehr konstruktive Kritik, die die grundsätzliche Übereinstimmung der Fraktionen nicht tangiert. Beide Seiten wollen die Dominanz, die Überlegenheit Amerikas.*
45

Der Vorwurf einer „Bürde“ für Amerika entspricht auf Bidens Seite Amerikas
50 „Verantwortung“. Die Trumpisten stören sich an der Vorstellung, dass mit dem Titel „Verantwortung“ bei „Global leadership“, die der Sache nach die Inanspruchnahme der ganzen Welt ist, eine *Verpflichtung* der USA für die Welt enthalten sein könnte. So, als wäre

diese Weltordnung etwas, was über den USA stünde und den USA Pflichten aufgabe. Ihrem Dogma „America first!“ gibt ausschließlich sein Erfolg Recht, über dem nichts und niemand stehen darf.

55 — *Der Verdacht der Verpflichtung der USA gegenüber den Verbündeten drückt sich in der Frage aus, ob die damit verbundenen Kosten z.B. für Waffenlieferungen auch lohnende Kosten sind.*

60 — *Der prinzipielle Verdacht, den Verbündeten verpflichtet zu sein und womöglich von ihnen ausgenutzt zu werden, hat seinen Grund in der US-Weltordnungskonstruktion, die darin besteht, Bündnispartner anzuerkennen, um sie für die eigenen Zwecke auszunutzen. Das beinhaltet immer, dass die Verbündeten eigene Rechnungen aufmachen und die Ordnung für sich auszunutzen versuchen.*

65 — *Für die Trumpisten gilt der Imperativ, dass die USA nur sich selbst gegenüber verantwortlich sind. Den Verbündeten gegenüber verpflichtet zu sein, wäre eine Selbstverpflichtung zugunsten anderer. In dieser Konstruktion liegt das grundsätzliche Misstrauen.*

Der Inhalt dieser Konstruktion, auf die sich *beide* Parteien beziehen, ist die geordnete, bereits zum Nutzen Amerikas eingerichtete Welt. Er besteht darin, dass die USA auf der ganzen Welt unterwegs sind, allen Nationen Vorschriften machen und sie für sich in Anspruch nehmen. Sie beanspruchen als ihr gutes Recht, dass dem die Welt zum Nutzen Amerikas nachzukommen hat. Die Trump-Fraktion verdächtigt die Biden-Fraktion, aus den Augen zu verlieren, dass es *dabei* einzig und allein um die Sicherung des exklusiven Nutzens der USA aus dieser Weltordnung zu gehen hat; den exklusiven Nutzen Amerikas zugunsten seiner Verbündeten zu vergessen und sich stattdessen um die Regelung der Affären in aller Welt zu kümmern. Es werden also unterschiedliche Standpunkte geltend gemacht *in Bezug* auf eine von den USA eingerichtete Welt. Anhaltspunkte und Belege für diesen Verdacht gegenüber der Biden-Fraktion finden die Trumpisten überall – von Waffenlieferungen an die Ukraine bis zu mangelnden Grenzsicherungen in Richtung Mexiko.

*

Wie ist der Haushaltsstreit (Punkt III., S. 29) mit diesem prinzipiellen Gegensatz verknüpft? Die Kritik an der Biden-Regierung ist äußerst konstruktiv: Sie klagt nichts anderes ein, als den Gesichtspunkt der Sicherstellung der amerikanischen Suprematie konsequent und ausschließlich zu verfolgen. Ausgerechnet an diesem Standpunkt, der eigentlich beide Seiten eint, wird ein sehr prinzipieller Gegensatz ausgetragen: es gibt den ständigen Verdacht, Biden versündige sich am Nutzen Amerikas. *Der* erscheint im Haushaltsstreit als dutzende einzelne, sehr umstrittene Haushaltsposten: die Ukraine-Hilfe, Hilfe für Israel, Hilfe für Taiwan und Hilfe für die Grenzbefestigung.

90 Mit dem ersten Paket hat die Biden-Fraktion auf den Vorwurf der Trumpisten reagiert, sie würde Geld für die Ukraine ausgeben *anstatt* „America first!“ zu praktizieren, indem die Grenze zu Mexiko dichtgemacht wird. Das wurde zu dem *zentralen Punkt* erklärt, an dem zu entdecken wäre, dass die USA unter Biden sich lieber um andere Staaten kümmern, als den guten Amerikaner vor fremden Elementen zu schützen. Kaum zustande gekommen, wurde 95 das Paket von der Trump-Seite als unzulässige Vermischung von Maßnahmen verdächtigt. So wird an den jeweiligen Haushaltsposten der Gegenseite festgemacht und zurechtdefiniert, wie diese den Nutzen Amerikas vernachlässigt. Bei manchen Posten finden sich parteiübergreifende Mehrheiten zusammen, andere verhindern die Trumpisten aufgrund der Mehrheitsverhältnisse. Darin sind sie dann kompromisslos, denn ihr Einspruch zielt nicht 100 auf einzelne Maßnahmen, sondern das ist der grundlegende Verdacht, dass ein politischer Standpunkt Raum greift, der nicht irgendetwas, sondern im Prinzip alles falsch macht, weil er nicht vom *richtigen* „America first!“-Standpunkt aus agiert.

— *Nicht zufällig drücken die Trumpisten ihren prinzipiellen Verdacht gern an der Frage der Grenze nach Mexiko aus. Die Großartigkeit Amerikas und der Gedanke der Ausnutzung*

105 *Amerikas durch Fremde wird hier am amerikanischen Volk vorgeführt, das von mexikanischen Banditen zum Opfer gemacht wird, sei es per Drogen oder durch unberechtigte Konkurrenz bei Arbeitsplätzen oder Sozialzuwendungen.*

Hier stört sie, dass nicht nur die guten Amerikaner in den Genuss der großartigen Verhältnisse in den USA kommen, sondern nicht dazu gehörige Fremde, die diese
110 großartigen Verhältnisse nicht verdienen. So wird das demokratische Regieren *über* das Volk zum Dienst *am* amerikanischen Volk verdreht, das als Angehöriger dieser großartigen Nation ein Anrecht auf Überlegenheit hat, und mit dem Erfolg des US-Imperialismus zusammengeslossen. Dieses Bewußtsein soll der Streit innerhalb der US-Demokratie schärfen. Darauf deutet der letzte Satz von Punkt III.1 auf S. 30: „Auch eine Art, das
115 Funktionieren der Demokratie mit der imperialistischen Stärke der Nation zusammenzuschließen“.

— *Die Kompromisslosigkeit ist soweit gediehen, dass der republikanische Sprecher im Repräsentantenhaus das Ukraine-Paket einfach nicht zur Behandlung aufruft. Durch die Blockade des Pakets wird der eingeforderte Standpunkt der einzigartigen Rolle und
120 imperialistischen Stärke der Nation zusammengeslossen mit dem demokratischen Procedere.*

— *So prinzipiell die Trumpisten ihre Kritik an Biden und den Demokraten vortragen, wissen sie doch zu unterscheiden. Israel gewähren sie die militärische Unterstützung, die sie der Ukraine verweigern.*

125 Die „America first!“-Fraktion ist ja nicht gegen Bündnispartner überhaupt. Gerade an Israel ist zu merken, was nach ihrer Auffassung das Wesentliche an einem Bündnispartner ist: Dass Israel für die Interessen Amerikas im Nahen Osten eintritt und die erfolgreich durchsetzt, das verdient Unterstützung.

130 **2. Zu den Großdemonstrationen „Gegen Faschismus, für Demokratie“ in vielen Städten**

Wogegen bzw. wofür wird demonstriert, wenn sich Leute massenhaft unter Parolen wie „Alle zusammen gegen Faschismus“, „Nie wieder ist jetzt“, „Wehret den Anfängen“
135 versammeln und sich für Demokratie und „Menschenrecht statt rechte Menschen“ einsetzen? Was treibt die Leute um?

— *Wenn die Demonstranten sagen „Ich will nicht, dass die AfD unsere Demokratie zerstört“ oder „Wir haben alle nur ein Ziel: Wir wollen unsere Werte, unsere Demokratie und unsere Freiheit gegen die AfD und Rechtsextremisten verteidigen“, sehen sie die AfD als eine Partei, die nicht in die Parteienlandschaft passt. Sie gilt als Nestbeschmutzer, der
140 Deutschland und der Demokratie schadet. Den Protestierern könnte man zu bedenken geben, dass der Erfolg der AfD auf demokratischen Wahlen beruht; dass deren Parteiprogramm offenbar das demokratische Bewusstsein vieler Wähler bedient, sonst käme es nicht zu Stimmenanteilen von fast 30%. Man könnte sie auch darauf hinweisen, dass sich z.B. die Migrationspolitik der AfD nicht sonderlich von der der etablierten Parteien unterscheidet.*

— *Die Demonstranten fürchten, dass die AfD immer stärker wird und in Amt und Würden kommen könnte. Sie behaupten nämlich einen Gegensatz zwischen AfD und Demokratie. Ihr Urteil ist, die AfD sei nicht demokratisch. Zu klären ist der Fehler dieses Gegensatzes. Dazu taugen die Verweise, der Unterschied zwischen AfD und den anderen Parteien sei inhaltlich
150 nicht so groß, nichts.*

— *Auch die etablierten Parteien verschärfen die Ausländerpolitik, diskutieren, ob eingedeutschte Ausländer wieder ausgedeutscht werden sollen, wenn sie sich nicht integrieren oder kriminell werden. Das erschreckt Demokraten nicht. Was schockiert sie an der AfD so, dass sie auf die Straße gehen? Ist es der völkische Nationalismus, der nichts
155 gemein haben soll mit der Demokratie, die sie kennen und in der sie sich eingehaust haben?*

Die Demonstranten schließen sich doch nicht einfach den bürgerlichen Parteien an, die die AfD angreifen und sie jenseits der zulässigen Parteien stellen.

— Auskunft geben ihre Parolen „Nie wieder ist Jetzt“ oder „Wehret den Anfängen“. Mit dem Vergleich des Potsdamer Treffens mit der Wannseekonferenz wird der völkische Nationalismus zwar kritisiert, das Völkische wird aber gar nicht für sich genommen, sondern als der Vorwurf: Das kennt man doch vom Nationalsozialismus; wer so anfängt, landet bei der Judenvergasung. Ihr Vorwurf ist nicht, die AfD sei rechts von der CDU/CSU. Deswegen interessiert sie auch nicht der Unterschied oder das Gemeinsame an der Abschiebepolitik der Regierung und der AfD. Wo versucht wurde, das auf den Demonstrationen zum Thema zu machen, wurde das niedergebügelt, Ausländerpolitik sei jetzt nicht das Thema! Ihr Konter gegen die AfD heißt „Wir sind bunt“, „Wir sind die Mehrheit“, „Wir sind weltoffen“. Er richtet sich nicht gegen die nationalistische Politik der AfD, sondern dagegen, dass das Deutschlandbild der AfD nicht ihrem entspricht.

— Einerseits ist es also das Völkische, das die AfD zum wesentlichen Programmpunkt macht und das die Leute so schockiert, andererseits meinen die Demonstranten damit gar nicht deren angekündigte Ausländerpolitik. Es ist vielmehr die Assoziation: Das hatten wir doch schon mal und das hat für Deutschland schlimm geendet; Judenvergasung wollen wir nicht. Ist es diese Assoziation, die die Leute auf die Straße treibt?

Es ist der prinzipielle Verdacht der Demonstranten gegen die AfD. Deshalb ist ‚völkisch‘ nichts, was sie analysieren oder beurteilen, sondern eines von mehreren Momenten, die sie an den Faschismus erinnern. Mit der Parole „Wehret den Anfängen“ verlängern sie ihren Verdacht in eine unheilvolle Zukunft.

— Gedacht wird da vom gewussten bösen Ende des Dritten Reichs zurück zu dessen Anfang: Weil das Ende für uns Deutsche schlimm war, liegt es schon im Anfang verborgen. Die Logik des Verdachts sieht sich bestätigt, denn sie weiß schon jetzt, wie die Geschichte ausgehen wird. Argumentiert wird einerseits mit dem Misserfolg Deutschlands und mit dem brutalen Vorgehen gegen die Juden. Dieses Geschichtswissen ist unterstellt und wird herbeizitiert, um zu warnen, dass es mit der AfD an der Regierung in diese Richtung geht. Das muss verhindert werden. Diese Logik braucht und sucht keine Gründe gegen völkisches Denken.

Das Erstaunliche ist doch, dass die politischen Positionen der AfD zunächst gar nicht Thema waren. Die Aufregung kam erst da auf, als mit dem Potsdamer Treffen der Verdacht bestätigt wurde, dass die AfD neben dem, was sie öffentlich sagt, noch etwas anderes betreibt. Dieses Andere wird identifiziert mit Nationalsozialismus. Dafür steht das Treffen in Potsdam: Jetzt hat man die AfD dabei erwischt, dass sie im Geheimen so etwas ist wie die Faschisten von 1933. Dass sie Massendeportationen plant, rassistisch argumentiert, massenhaft Leute sortieren und ausgrenzen will. Diese Identifikation ist nicht Resultat einer Untersuchung dessen, was die AfD politisch will oder im Vergleich zu anderen Parteien vertritt. Die AfD wird identifiziert mit einem ‚gewussten‘ Programm, das sie möglicherweise dann, wenn sie an die Macht kommt, durchsetzen wird. Dass dieses Programm abzulehnen ist, darin sind sich die Demonstranten einig. Deswegen ist es ein *Muss*, gegen die AfD jetzt zu demonstrieren.

— Die AfD wird nicht kritisiert. Sie wird verdächtigt, rechtsextrem und faschistisch zu sein. Diese Identifikation ist bereits die Kritik und taugt als schlagender Beweis dafür, dass das Potsdamer Treffen so etwas ist wie die Wannseekonferenz. Der Verdacht ‚rechtsextrem‘ ersetzt die notwendige Kritik der Positionen der AfD. Er verlässt sich auf den eingerichteten Bewusstseinszustand der Republik und darauf, dass das Volk sagt, das wollen wir nicht.

Auf diese durchgesetzte Überzeugung berufen sich die Demonstranten mit ihren Protesten. Sie sind sich ganz sicher, richtig zu liegen, wenn sie alles verurteilen, was man mit Nationalsozialismus identifiziert. Sie setzen darauf, dass Demokraten keine Massendeportationen und keine völkische Ausgrenzung wollen. Mit einer solchen Politik will Deutschland nichts mehr zu tun haben. Das ‚Nie Wieder‘ ist unterstellt als geteilte

Auffassung und Denkweise aller guten Deutschen: ‚Wir‘ wissen doch, wie schlimm es damals war, das darf es nie wieder geben!

210 — *Gedanklich sind die Demonstranten also auf einer abstrakteren Ebene als bei einer Debatte über Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Ausländerpolitik von AfD und Ampelkoalition – womöglich mit dem Tenor, die Ampel sei ja auch schlimm. Die Demokratie wird in den Demonstrationen zum bloßen guten Gegenbild. Die Schlagworte, was Demokratie ausmachen soll – wie ‚bunt‘, ‚weltoffen‘ und ‚tolerant‘ – sind pure*
215 *Entgegensetzungen zur undemokratischen, untoleranten AfD. Die Demonstranten vertreten diese positive, anständige Gesinnung, die nur in der Entgegensetzung besteht.*

— *Diese Gesinnung lässt sich auch nicht erschüttern. Die Migrationspolitik der bürgerlichen Parteien finden die Demonstranten vielleicht auch nicht besonders demokratisch, aber die AfD ist zu fürchten, weil sie die Demokratie missbraucht. Die*
220 *Protestierer trennen zwischen der Demokratie, wie es sie gibt, und ihrer idealistischen Vorstellung davon. An Letzterer halten sie trotz aller schlechten Erfahrungen fest.*

Die zwei Argumentationsschienen der Demonstranten sind auseinanderzuhalten: Einerseits die Gleichsetzung der AfD mit rechtsextremistisch = faschistisch = böse. Diese Opposition zum Faschismus *ist* die deutsche Nationalmoral, Punkt. Andererseits bewegt sich die
225 *Vorstellung der Demonstranten von Demokratie ganz auf der Ebene der Werte wie Menschlichkeit, Toleranz etc. Der Fehler ist, die Demokratie, wie es sie gibt, immerzu in der Form ihrer Ideale zu fassen.*

— *Wenn sie ‚Störer‘, also AfD-Anhänger, zurückweisen mit „Wir sind die Mehrheit“ ist das nichts anderes als der Vorwurf, die AfDler wären gar nicht so viele, wie sie behaupten*
230 *und deshalb im Unrecht. Als Beweis taugen die Teilnehmerzahlen. Das ist für sie ein eigenständiges Argument, getrennt von dem inhaltlichen. So billig bestehen sie selbstbewusst auf ihrer richtigen Gesinnung.*

— *Sie begründen ihr Recht auf ihren Standpunkt nicht damit, dass sie in der Mehrheit sind, sondern mit der Abscheu gegenüber dem Gräuel des Nationalsozialismus. Die*
235 *Demokratie bekommt als Gegenbild zum Faschismus von früher ein moralisches Plus. Die Demonstranten fühlen sich im Recht, weil sie diese Moral vertreten und dabei auch noch die Mehrheit in der Bevölkerung hinter sich haben.*

Ihre Fassung von Demokratie und ihre Kritik, die AfD sei faschistisch = undemokratisch, sind Gegenbilder. Gemessen an der deutschen Nationalmoral ist die AfD die Verkörperung
240 *alles Bösen. Die Demonstranten nehmen die deutsche Nationalmoral, es gehe um Menschlichkeit, Toleranz und ähnliche Werte, als den Inhalt der Demokratie. Sie verstehen unter Demokratie die Verwirklichung dieser hohen Werte. Dieses Argument liegt auf einer anderen Ebene als das Argument „Wir sind die Mehrheit“ (dazu später).*

Bisher ging es darum, wie die Demonstranten denken, welche falschen Vorstellungen sie
245 *sich machen in Bezug auf das, was die Demokratie der Sache nach ist. Wie sie über die Werte der Demokratie reden, die sie hochhalten und gegen die AfD verteidigen, die sie angeblich zerstören will. Wie kann man die Demonstranten auf diese Fehler aufmerksam machen? Wenn sie für Toleranz und kulturelle Vielfalt plädieren, ist zu fragen, was diese Werte beinhalten, und was damit über die Politik gesagt ist. Den Gedanken selbst hat man*
250 *aber noch nicht kritisiert. Es muss deutlich werden, dass die Demonstranten bei ihrer Sicht der Dinge von der Welt, in der sie leben, abstrahieren. Gerade wenn sie als demokratische Bürger demonstrieren, wird ihnen vor Augen geführt, was diese Werte, die sie als den entscheidenden Unterschied zum Faschismus hochhalten, tatsächlich sind: Toleranz z.B. bedeutet bei Demonstrationen, dass einerseits alle Standpunkte zugelassen werden und*
255 *andererseits Forderungen, die nicht von allen geteilt werden, und Inhalte, die nicht in die politische Landschaft passen oder sogar verboten sind, ausgeklammert werden. Aber nicht nur unerwünschte Inhalte werden gestrichen. Um eine Demonstration zu diffamieren, reicht es sogar, dass sie von einem linken Standpunkt aus organisiert wird. Die Demonstrierenden sind der festen Überzeugung, dass sie sich für das Gute einsetzen und es verteidigen müssen.*

260 Das, worüber sie ihre hohe Meinung haben, gilt es zu hinterfragen und die *Sache* klarzustellen, für die sie sich da stark machen.

— *Man kann die Leute, die für Toleranz und eine freiheitliche und humane Gesellschaft eintreten, auf den Widerspruch hinweisen, dass sie angesichts der Gegensätze, die sie selbst erfahren, weiter darauf bestehen, in einer menschlichen und toleranten Gesellschaft zu leben. Das ist eine Abstraktion, die für sie schädlich ist.*

270 Der Verweis auf die Realität ist für sich noch kein gutes Argument. Wir haben noch nicht ausreichend geklärt, was die Demonstranten umtreibt und wofür sie eintreten. Sie setzen sich von den ausgrenzenden und Hass predigenden Faschisten ab durch eine alternative und positive Stellung zur Welt, die auf gegenseitigem Respekt, den Menschenrechten, Toleranz usw. beruht. Alles wird für sie eine Frage guter oder schlechter Gesinnung. Warum werden diese Plädoyers für Menschenrechte etc., die man sonst nur aus Sonntagsreden kennt, in vielen Städten mit zigtausenden Teilnehmern gehalten? Wieso finden es viele so wichtig, sich in Form von Massenveranstaltungen gegen Faschismus und für Demokratie einzusetzen?

275 — *Zur Aufregung beigetragen haben maßgeblich die Öffentlichkeit und die Politik durch ihre Einordnung des Potsdamer Treffens. Bei den Politikern, die die Herrschaft seit Jahrzehnten innehaben, gab es ja die Debatte über ein Verbot der AfD. Als klar war, dass es in der Demokratie dafür keine Handhabe gibt, hat der Bundespräsident öffentlich den „Aufstand der Anständigen“ eingefordert. Politik und Öffentlichkeit haben die Bevölkerung angeleitet, eine gute Gesinnung an den Tag zu legen. Das politische Programm der AfD unterscheidet sich ja schon in vielen Punkten von dem der etablierten Parteien, deshalb besteht ein Interesse daran, diese Partei klein zu halten.*

285 Der Gedanke, dass die Massendemonstrationen deshalb zustande gekommen sind, weil den etablierten Parteien mit der AfD eine Konkurrenz herangewachsen ist, für deren Bekämpfung Steinmeier den Protest der guten Demokraten eingefordert hätte, ist kontrafaktisch. Die Leute gehen auf die Straße, weil sie *überzeugt* sind, dass in dieser Demokratie etwas *schief läuft*, sie die Demokratie retten und den Faschismus verhindern müssen. Immer wurde betont, dass die Proteste nicht von einer Partei initiiert wurden, sondern dass sich die Massen von sich aus gegen die AfD solidarisierten. Sicher wurden sie dafür vom Bundespräsidenten gelobt. Aber ihnen zu unterstellen, sie seien auf Veranlassung der Politiker gekommen, geht an deren Selbstbewusstsein und Anliegen vorbei. Ihr eigenes dringendes Bedürfnis, aufzustehen erschöpft sich nicht in dem Bekenntnis zu den Machthabern. Vielmehr fordern sie, dass die Demokratie auch in Zukunft in bewährter Weise funktioniert, dass Politiker gewählt werden, die den demokratischen, also „unseren“

290 Werten verpflichtet sind. Sie befürchten, dass die Falschen an die Macht kommen. Demokratie ist für sie identisch damit, dass Politiker an der Macht sind, die der guten Gesinnung ihrer Wähler verpflichtet sind und in diesem Sinne Politik machen. Dass das so bleibt, dafür gehen sie auf die Straße.

— *Zur nationalen Gesinnung gehört auch, dass wir als Deutsche mit unseren guten Politikern, die die Demokratie bewahren, zusammenstehen müssen.*

Auf dieser hohen Ebene sind sie sich mit der Politik einig, aber das sagt nichts über ihre Ansicht zu den konkreten Inhalten der Politik. Genauso wie sie von den Inhalten der Politik der AfD absehen, sehen sie davon ab, welche inhaltliche Politik die etablierten Parteien machen. Sie halten fest, dass die von ihnen gewählten Politiker eigentlich das Richtige tun, weil sie von den Guten gewählt und damit auf die Werte *verpflichtet* sind, die von der Mehrheit geteilt werden. Das ist ihr entscheidender Fehler: Sie sind der Überzeugung, dass die *Art der Herrschaftsbestellung* durch das Volk garantiert, dass Politiker dem Wählerwillen und inhaltlich den guten Werten verpflichtet sind.

— *Nach dieser Logik könnten sie auch die gewählten AfD-Politiker gut finden.*

310 Gerade darin sehen sie ja die Gefahr: Dass Leute gewählt werden, die man eigentlich nicht wählen darf. Sie sind in Sorge, dass sich die demokratische Mehrheit, zu der sie sich zählen,

nicht genügend Gehör verschafft, und befürchten, dass Politiker an die Macht kommen könnten, die die Demokratie abschaffen wollen. An dieser Befürchtung merkt man, dass sie
315 sie an der Macht sind, das machen, was *sie* für richtig halten und zwar unter Berufung auf das vom Wähler erteilte Mandat.

— *Sie vertrauen also Politikern nicht allein deshalb, weil sie gewählt wurden. Es müssen schon Politiker sein, die für die Werte unserer Demokratie eintreten. Mit den Protesten wollen sie sicherstellen, dass die richtigen Demokraten ins Amt kommen.*

320 Sie sind überzeugt, dass in der Demokratie, in der sie leben, eigentlich die Richtigen an der Macht sind, weil gewählt. Wenn aber AfD-Politiker gewählt werden, sind die Falschen an der Macht und dies dürfte eigentlich in einer Demokratie nicht passieren. Gewählte Politiker verdienen zu Recht das Vertrauen der Bürger, weil und soweit sie die guten Werte in der Nation durchsetzen. Dagegen sagen wir, dass dies eine falsche Vorstellung von Demokratie
325 ist: Wenn in der Demokratie nur die Mehrheit zählt und die über die Wahl an die Macht gekommene Partei das Recht hat, die Politik zu gestalten, weil sie die Mehrheit repräsentiert, dann ist doch klar, dass die *Qualität* der Politik *nicht* in der demokratischen Wahl bestimmt wird. Auf diesen Widerspruch sind sie aufmerksam zu machen.

— *Das eine ist, dass die Demonstranten als Anwälte der deutschen Nationalmoral den Anfängen wehren wollen, damit sich der Nationalsozialismus nie mehr wiederholt. In den Populisten der AfD sehen sie diese Gefahr. Aber den Punkt, der die Leute umtreibt, trifft man nicht, wenn man ihnen klarmacht, wie Demokratie funktioniert und dass sie eine auf Basis von Wahlen erfolgte Ermächtigung der Herrschaft über das Volk ist. Der Punkt, an dem die sich abarbeiten, ist doch die Unterscheidung zwischen der per se guten Demokratie und der undemokratischen, dem Faschismus zugewandten AfD.*
335

Die Demonstranten berufen sich darauf, die Mehrheit zu sein und fassen Demokratie als gute Herrschaftsform, die Menschenrechten, Toleranz usw. verpflichtet ist. Ihr Fehler ist, dass sie das demokratische Verfahren der Wahl als Garantie für eine gute Herrschaft im Sinne des Volkes nehmen. Einerseits soll die Mehrheit recht haben ganz jenseits des Inhalts,
340 andererseits soll das demokratische Verfahren die Politik auf das inhaltlich Gute festlegen und so das Gute in der Politik sicherstellen.

— *Es ist doch ein Unterschied, ob einer sagt, wir sind wegen unserer anständigen Gesinnung, die auch noch von der Mehrheit geteilt wird, im Recht und die AfD ist wegen ihrer bösen Gesinnung im Unrecht oder ob jemand sagt, weil wir in der Mehrheit sind, haben wir recht und die anderen nicht. So formell argumentieren die Demonstranten nicht.*
345

Das war ja auch nicht das Argument. Aber es ist auch nicht so, das sie sich mit dem Argument „Wir sind die Mehrheit“ für ihre Gesinnung rechtfertigen. Das trifft die Demonstranten nicht, es ist nicht deren Problem. Ganz am Anfang der Diskussion stand die Frage: Wogegen und wofür treten die Demonstranten an? Die Antwort lautet: Sie treten für die Demokratie an. Woran denken sie da eigentlich? Sie identifizieren Demokratie einerseits
350 mit der Realisierung einer guten, Werte geleiteten Gesinnung. Gleichzeitig ist diese Realisierung abhängig von einer gewählten Regierung, die sich diesen Werten auch verpflichtet wissen muss. Deshalb komme es schwer darauf an, dass man demokratisch gesinnte Politiker ins Amt wählt, und deshalb sehen sie die Demokratie in Gefahr, wenn die Falschen gewählt werden, die diesen Werten nicht verpflichtet sind. In ihrer Vorstellung von Demokratie wählt die Mehrheit eigentlich automatisch eine Politik, die sich den richtigen Werten verpflichtet weiß (und wenn nicht, muss die Mehrheit manipuliert oder sonst wie falsch informiert worden sein). Darin täuschen sie sich. Denn erstens stimmt es nicht, dass
355 von der Mehrheit ins Amt gewählte, demokratischen Werten verpflichtete Politiker, diesen Werten widersprechende politische Maßnahmen verhindern würden, wie z.B. die Abschiebung von Ausländern. Zweitens stimmt es nicht, dass die Demokratie ausgehebelt wäre, wenn AfD-Politiker ins Amt gewählt werden. In beiden Fällen ist die Wahrheit über Demokratie, dass Politiker, einmal gewählt, das machen, was *sie* für richtig halten.
360

— *Aber ist das hier der Knackpunkt? Ein Beispiel: Auf einer Demonstration lobte ein VW-
365 Chef die Leistungen ausländischer Mitarbeiter als unentbehrlich für den Erfolg seiner
Firma. Ein ebenfalls anwesender und demonstrierender VW-Mitarbeiter äußerte sich dazu
im Interview, dass er sich freue und stolz sei, gemeinsam mit seinem Chef auf der gleichen
Demo zu sein. Das Ideal von Demokratie, das sie haben, ignoriert alles, was den Alltag der
370 Demokratie ausmacht. Chef und Arbeiter stehen nicht auf der gleichen Seite, sie befinden
sich in einem ständigen Kampf um Arbeitsbedingungen und Lohn mit ungleichen Mitteln.
Der demokratische Alltag wird in diesem Idealbild „Alle stehen gemeinsam für die Werte
der Demokratie gegen Faschisten“ völlig ausgeblendet. Das halte ich für den
entscheidenden Fehler und den Bezug auf die Wahl für nachgeordnet.*

Das sind zwei Fehler: Sie beurteilen nicht die Sache, die Gegensätze in der kapitalistischen
375 Gesellschaft, sondern bestehen auf der ideellen Einheit aller Demokraten. Das andere ist,
dass „Mehrheit“ nun mal keinen Inhalt hat, der wird nämlich von den Gewählten in aller
Freiheit definiert.

Wenn der VW-Chef und der VW-Arbeiter sagen, wir guten Menschen stehen hier zusammen
für unsere gemeinsamen Werte, überhöhen sie die Gegensätze, in denen sie praktisch stehen,
380 in eine ideelle Gemeinsamkeit. Sie blenden den Gegensatz, in dem sie praktisch stehen, gar
nicht aus, sie machen vielmehr den Fehler, den Gegensatz in eine Gemeinsamkeit zu
überhöhen. Man sollte ihnen also nicht vorwerfen, dass sie etwas vergessen, sondern
erklären, was für eine Gemeinsamkeit sie da hochhalten. Noch allgemeiner: Wenn die
385 Demonstranten die Ideale der Demokratie hochhalten und sie für die wirkliche Demokratie
halten, sollte man ihnen nicht vorwerfen, dass sie dabei etwas vergessen oder sich täuschen,
weil diese Ideale gar nicht verwirklicht werden. Stattdessen muss man ihnen erklären, was
das für Ideale sind und was sie praktisch für das Zusammenleben bedeuten. Bei Toleranz
geht es z.B. darum, dass man die Meinung der anderen gelten lässt, daran seine eigene
390 Meinung relativiert und sie ohnehin nur in den von oben vorgegebenen Grenzen verfolgen
darf.

— *Das Bewusstsein dieser Demonstranten ist ein durch und durch politisiertes. Sie
machen sich für gute Herrschaft stark, die sie mit Demokratie gleichsetzen. Sie treten gegen
faschistische Anfänge an. Dabei beziehen sie sich in Entgegensetzung zur bösen Herrschaft
des Nationalsozialismus auf die spezifisch deutsche Nationalmoral des „Nie Wieder“, was
395 einschließt, die Demokratie sei die Garantie für eine gute Herrschaft. Das alles sehen sie
durch die AfD gefährdet, die das Verfahren der Wahl missbrauche, um an die Macht zu
kommen. Diese politische Übersetzung von Demokratie in das, was alle schätzen und eint
und was sie deshalb auch verpflichtet, als Gemeinschaft für Demokratie als die gute und
gegen Faschismus als die schlechte Herrschaft anzutreten, macht ihr politisiertes
400 Bewusstsein aus.*

— *Wie kann es überhaupt sein, dass so viele Leute in einem gemeinsamen Urteil
zusammenkommen und einen Gegner ausfindig machen, der von allen in der Bevölkerung
abzuurteilen ist? Eigentlich verbindet sie ja nichts miteinander. Muss dazu nicht die Politik
die Vorleistung erbracht haben?*

Es verbindet sie doch etwas: Sie sagen explizit, sie mögen mancherlei Differenzen haben,
auch was ihre politische Linie oder Kritik im Einzelnen ausmacht; aber sie alle teilen, dass
sie für Demokratie eintreten. Sie demonstrieren dafür, dass möglichst viele mit ihrer
dementsprechenden Wahlentscheidung dafür sorgen, dass es eine gute, den guten Werten
verpflichtete, dem Faschismus entgegenstehende Regierung gibt. Das tragen sie als ihre
410 Gemeinsamkeit vor. Und sie sagen auch, warum ihnen das so wichtig ist: Sie müssen als das
eigentliche Subjekt der Politik antreten, schließlich sind sie die Auftraggeber der Politik.

— *Ihr Standpunkt, dass die AfD nicht an die Macht darf, enthält, dass man die AfD nicht
wählen darf. Sie stehen für die deutsche Nationalmoral, dass sowas wie Faschismus und
Nationalsozialismus der Supergau ist. Das darf nicht sein in Deutschland, dagegen müssen
415 wir auf die Straße gehen. Und dafür reichen schon Anlässe wie die Umfragen, bei denen*

30% Zustimmung zur AfD bei den kommenden Landtags- und Europawahlen für möglich gehalten werden.

Die Vorstellung, ohne den Aufruf von oben seien die Massen-Demos nicht zustande gekommen, und der sei erfolgt, weil die Politik die AfD nicht verbieten könne, ist noch in
420 einer anderen Hinsicht kontrafaktisch: Die Politik wägt die ganze Zeit ein solches Verbot ab und sieht für eine diesbezügliche Entscheidung des Gerichts durchaus Chancen, hält es aber derzeit nicht für opportun und für kein geeignetes Mittel, der AfD das Handwerk zu legen. Laut Bundespräsident Steinmeier kann sie nicht durch Verbote, sondern nur durch Überzeugungsarbeit bekämpft werden. Dabei denkt er weniger an Demos als daran, dass
425 jeder Bürger an seiner Stelle und in seinem Umfeld dafür einsteht, dass die AfD keine ehrenwerte Partei ist; dass es sich deshalb auch nicht gehört, sie aus Protest gegen die anderen Parteien zu wählen. Die Politik begrüßt die Demonstrationen, weist aber zugleich darauf hin, dass sie kein Mittel sind, das Gewünschte zu erreichen. So ein Mittel würde auch gar nicht zur Politik passen. Denn eigentlich soll die Politik in den Parlamenten gemacht
430 werden. Die Bürger sollten sich besser in den Parteien organisieren. Die großen Demos sind den Politikern auch deshalb eigentlich verdächtig, weil sie ihrer Meinung nach oft von den Falschen organisiert werden. Insofern sind die Demos nicht als von oben inszenierte Veranstaltungen zu erklären, auch wenn in dieser Richtung agitiert wurde, die Öffentlichkeit das Thema mit Verweisen auf die Wannseekonferenz aufgebracht und die Leute aufstachelt
435 hat. Die Demonstranten haben schon ihre *eigenen Gründe* dafür, warum sie auf die Straße gehen.

— *Bisher habe ich zwei Argumentationslinien verstanden. Das eine Argument ist, die Demonstranten gehen von einer falschen Vorstellung aus und sagen, wenn die AfD regiert, schaffen die die Demokratie ab. Sie gehen also vom Umgekehrten aus, dass die gewählten
440 Politiker Garanten für das Gute seien, obwohl sie gerade das Gegenteil feststellen. Die andere Linie war, deren Ideale von der Demokratie als Toleranz, solidarisches Miteinander etc. auf ihre Wirklichkeit hin zu überprüfen.*

Es geht nicht darum, sie auf die Wirklichkeit ihrer Ideale zu befragen, sondern darum, klarzumachen, dass die Ideale *veredelte* Vorstellungen der Wirklichkeit sind. Es sind ja nicht
445 Ideale, die *noch* nicht realisiert sind, sondern es sind Ideale zu der längst *existenten* Demokratie *dazu*, die alles andere als wahr gemacht Ideale sind. Zum Beispiel das Ideal der Toleranz: Toleranz heißt nicht einfach, alle sollen so leben, wie sie wollen. Toleranz ist, dass andere Meinungen nur so weit gelten, wie sie zugelassen sind, daran hat sich die eigene Meinung zu relativieren. Da muss man aufpassen, dass die geäußerten Meinungen auch
450 zulässig sind. Wo die Demonstranten die demokratischen Ideale hochhalten, gilt es klarzumachen, wozu, zu welchem jeweiligen Sachverhalt das die Ideale sind und welchen Inhalt die Ideale haben.

*

Nochmal zu dem Mehrheits-Argument der Demonstranten. Wenn sie sich darauf berufen,
455 dass sie in der Mehrheit sind, sagen sie damit, dass die AfD unrecht hat – ohne sich mit deren Argumenten zu befassen.

— *Dass sie sich gar nicht mit deren Argumenten befassen, erscheint mir zu hart. Sie kennen schon auch Argumente wie den undemokratischen Umgang mit Ausländern, die ohne großes Aufhebens das gute Deutschland verlassen sollen.*

460 Ja, es fallen ihnen auch noch andere Argumente gegen die AfD und ihre Ausländerpolitik ein. Jetzt ging es aber doch um ihre Parole „Wir sind die Mehrheit“. Was ist damit ausgedrückt? Weil die AfD-Anhänger weniger sind, haben sie unrecht, mehr Argument ist das nicht.

— *Jemandem, der die Demokratie als Schutz vor Faschismus sieht, sollte man klarmachen, dass die Demokratie nicht das Gegenteil von Faschismus ist und deshalb auch kein Schutz vor der AfD. Jede Menge Gemeinsamkeiten zwischen den Populisten der AfD und den demokratischen Parteien zeigen das.*

Die Entgegensetzung – auf der einen Seite Faschismus als das absolut Böse und auf der anderen Seite die Demokratie, für die man Partei nimmt – lässt sich nicht durch die Betonung der Gemeinsamkeiten ausräumen, oder mit dem Hinweis, die AfD und die Demokratie hätten doch viel miteinander zu tun. Die Entgegensetzung lebt ja gerade von der falschen eigenen Vorstellung der Demonstranten, was das Schöne an der Demokratie ist: In ihr wird eine gute Herrschaft an die Macht gebracht, die der guten Gesinnung ihrer Wähler verpflichtet ist.

475 — *Aber auf einer so abstrakten Ebene trifft man die Demonstranten nicht. Sollte man sie nicht besser fragen, wie sie sich eine demokratische, gute Ausländerpolitik vorstellen, also über Inhalte sprechen?*

Wenn, dann sollte man sie nicht fragen, *welche* Ausländerpolitik sie gerne machen würden – da ist man nämlich im Reich der Ideale –, sondern, was sie gegen die, die es *gibt*, einzuwenden haben.

— *Außerdem geht es den Demonstranten nicht um gute Ausländerpolitik. Ihr Thema ist: Demokratie ist etwas Gutes und der beste Schutz gegen Faschismus. Der Unterschied zwischen der Ausländerpolitik der AfD und der der Ampelkoalition wird so heruntergebracht auf Ausländerpolemik als Zeichen für Faschismus. Es gab ja Mitdemonstrierende, die über die miese Ausländerpolitik der regierenden und der Oppositionsparteien reden wollten. Die wurden mit dem Hinweis zurückgewiesen, darum ginge es jetzt nicht. Es ginge um die Mehrheit gegen die AfD und deren undemokratischen Charakter.*

— *Genauso könnte man einen Demonstranten fragen, warum er den täglichen Appell, Deutschland müsse mit allen Maßnahmen, Finanzierungen und Investitionen in Rüstung unbedingt kriegstüchtig werden, also diesen Inhalt der konkreten Politik der realen Demokratie, auch nicht für befassenswert hält.*

— *Die Argumente der Demonstranten sind weder getroffen noch kritisiert mit dem Hinweis, sie störten sich an der falschen Sache und sollten sich über etwas anderes aufregen.*

Sicher könnte man in die Debatte über ihre Ideale mit der Frage einsteigen: Warum seid ihr denn alle total für die Demokratie? Wenn ich mir anschau, was in der demokratischen Nation so passiert, finde ich lauter unschöne Sachen. Dann ist man aber schon dabei aufzuzeigen, warum es falsch ist, dagegen immerzu die Ideale der Demokratie hochzuhalten. Und welcher Illusion sie aufsitzen, wenn sie auf die Straße gehen und glauben, sich für das Gute einzusetzen, indem sie sich öffentlich für die Demokratie und gegen den drohenden Faschismus aussprechen.

Will man sie kritisieren, kommt man einfach nicht um die Klarstellung herum, dass Demokratie nichts anderes ist als das Verfahren, eine Herrschaft zu bestellen, von der man dann abhängig ist und die definiert, was man zu tun hat. Das ist der Inhalt und die Wahrheit davon, was die Demonstranten an der Demokratie als bunt, aufgeschlossen und tolerant festhalten. Man kann sie auch fragen, wie diese Werte auf ihren Demonstrationen vorkommen. Da lernt man urdemokratische Argumente wie „*Wir sind die Mehrheit!*“. Was heißt denn das? Dass das auch das Recht einschließt, über die anderen zu bestimmen, weil man selbst die Mehrheit ist, die die Minderheit ins Unrecht setzt. In der Demokratie wird die Herrschaft per Mehrheit bestellt, um dann von dem, was die Wähler wollen, emanzipiert zu sein, ihnen also umgekehrt ansagt, wo es lang zu gehen hat. Das zeichnet sie aus. Bis zu dieser Klarstellung kann man an dem, was sie an ihr so schön finden und was ihr Unterschied zu einer bösen AfD-Herrschaft sein soll, auch schon einiges klären.

*

515 Der **nächste Jour Fixe** findet statt **am 18. März 2024**. Das Thema wird auf der Website des GegenStandpunkt bekannt gegeben.